

zu TOP



Stadtratsfraktion

Mainz, 20.08.2019

Anfrage 1083/2019 zur Sitzung am 28.08.2019

Vermietungen an Touristen - Privatgeschäft auf Kosten Wohnungssuchender (CDU)

Das sogenannte Homesharing über Online-Portale wie Airbnb, HomeAway oder Booking.com steht im Verdacht auf Kosten der Menschen zu gehen, die eine Wohnung in Mainz suchen, da es dem Markt Wohnraum entzieht.

Auch ist es in Großstädten bekannt, dass inzwischen Mehrfamilienhäuser und Wohnungen komplett gekauft und gemietet werden, einzig zu dem Zweck, sie einer kurzzeitigen Vermietung über solche Portale zuzuführen. Dadurch werden sie dem regulären Mietwohnungsmarkt entzogen.

Um dieser Zweckentfremdung vorzubeugen, haben sich andere Städte zu einer Verschärfung der Wohnraumgesetzgebung entschlossen. Kontrollen zum „Wohnraumschutz“ werden von den dortigen Verwaltungen und Behörden durchgeführt.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Ist der Verwaltung bekannt, wie viele aktive Anbieter es in Mainz auf welchen Portalen gibt?
2. Wie viele Einzelzimmer werden angeboten?
3. Wie viele Wohnungen sind unter den Angeboten?
4. Wie hoch ist der Anteil der Touristen, die Privatvermietungen nutzen?
5. Wie hoch ist der prozentuale Anteil der Vermietungen gemessen am gesamten Wohnraumbestand der Stadt Mainz, aufgeschlüsselt nach Stadtteilen?
6. Ist der Verwaltung bekannt, dass inzwischen Immobilien komplett gekauft oder gemietet werden, einzig zu dem Zweck, sie über solche Portale zu vertreiben?
7. Plant die Verwaltung ein Mainzer Konzept oder Gesetz zum Wohnraumschutz? Wenn ja, wann soll dieses den städtischen Gremien vorgelegt werden? Wenn nein, warum noch nicht?

Hannsgeorg Schönig
Fraktionsvorsitzender